



Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

24. April – Über eine Million Menschen in den USA und international auf die Straße!

Wir hatten in der letzten Ausgabe des Infos einige Beiträge zur bundesweiten Demonstration am 20. Februar in Hamburg veröffentlicht. In dieser Ausgabe dokumentieren wir die Grußadresse von Len Weinglass, Mumiias Hauptverteidiger, an die Demo in Hamburg, sowie die Grußadresse von Isaac Velazco, Sprecher der MRJA in Europa.

Wie berichtet, ruft das Solidaritätsbündnis „Free Mumia Abu Jamal“ dazu auf, mit Aktionen am 24. April die Kampagne „Millions for Mumia“ zu unterstützen und so dazu beizutragen, daß weltweit eine Million Menschen für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal auf die Straße gehen.

In der Vorbereitung dieses 24. April findet in den USA und anderen Ländern eine breite Mobilisierung statt. In der zweiten März- bzw. ersten Aprilhälfte sind zahlreiche Kundgebungen, Veranstaltungen, Konferenzen, Benefizkonzerte und andere Aktionen geplant, so in Philadelphia, Albany, Chicago,

Cincinnati, Detroit, Lawrence, Rochester

In zahlreichen anderen Städten in den USA und in Kanada, in den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Norwegen sind die Vorbereitungen auf den 24. April angelaufen; an vielen Orten rufen die Solidaritätsgruppen dazu auf, am Tag der Unterzeichnung des Hinrichtungsdatums bzw. am Tag danach Demonstrationen durchzuführen.

In Norwegen unterzeichneten 47 Mitglieder des Parlaments, darunter auch Minister, und Vorsitzende verschiedener Parteien und Jugendorganisationen eine Petition an Gouverneur Ridge, mit der sie einen neuen, fairen Prozeß für Mumia forderten. (Red.)

Kontakt: Solidaritätsbündnis „Free Mumia Abu-Jamal“, c/o B5, Brigittenstr.5, 29359 Hamburg, Tel.: 040-43189463, Fax: 040-43189462, e-mail: maj@mail.nadir.org
Internet:

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/maj>



Grußadresse von Len Weinglass, Mumiias Hauptverteidiger, an die Demo in Hamburg

In Mumiias Namen möchte ich den Demo-Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Hamburg zuallererst sagen: Unsere Freundinnen und Freunde, unsere Unterstützerinnen und Unterstützer in Deutschland

Christa Eckes schrieb den folgenden Artikel für die Rote Hilfe Sonderzeitung zum 18. März, dem Tag der politischen Gefangenen.

1997 stellte jemand Christian Klar die Frage: „Wie haben 15 Jahre Haft auf Sie gewirkt?“ Christian antwortete: Ich bin schon weit darüber hinaus, dafür noch Worte zu haben. Die Isolationshaft zerschlägt den Gefangenen buchstäblich in Einzelstücke, mit dem Kalkül, daß er, jahrelang ohne Rückhalt, sich in seiner Qual an die Macht wendet, ihn wieder heil zusammenzufügen. Politische Gefangene sitzen einen doppelten Knast ab. Da ist einmal die direkt gegen sie gerichtete Maßnahme. Und dazu noch die demonstrative Seite, mit der der Staat auf die Gesellschaft zielt.“

Frage: „Was hält Sie am Leben?“

Christian: „Ich orientiere mich nach draußen. Das liefert dem Knast allerdings auch Ansatzpunkte zur Extrabestrafung, zum Beispiel wegen ‚Arbeitsunwilligkeit‘.“

Damit ist schon Entscheidendes zur Si-

„Soll man beschreiben, wie man verhungert?“

Für die Gefangenen aus der RAF kann es nur noch eine politische Lösung geben - Freiheit

tuation der Gefangenen gesagt. 1997.

Heute, 1999, ist die Entwicklung weiter. Bei Christian wurde per Gerichtsbeschuß eine Mindesthaftdauer von 26 Jahren festgelegt, bei Brigitte Mohnhaupt 24 Jahre Mindesthaft beantragt. Christians Verlegung nach Schwalmstadt zu Rolf-Clemens Wagner wurde vom derzeitigen Justizminister Plottnitz abgelehnt.

Helmut Pohl ist frei, bei Heidi Schulz wurde eine Haftunterbrechung von sechs Monaten beschlossen; sechs Monate, die nun schon fast um sind.

Immer wieder wird die Frage gestellt nach

den physischen Auswirkungen der 15 bis 20 Jahre Vernichtungshaft, nach den gesundheitlichen Schäden. Was ist zu sagen? Soll man beschreiben, wie man verhungert?

Hier in der Metropolenhektik und Konsumvereinzelung kann es sein, daß die sinnliche Begrifflichkeit davon verschwimmt, daß der Mensch ein soziales Wesen ist, alle Lebensfunktionen sind damit verbunden.

Wenn unsere Entscheidung für die RAF vor Jahrzehnten von etwas beseelt war, dann davon, dem Sozialen im wirklichen und umfassenden Sinn seine Bedeutung zu geben, indem wir den Begriff von Kollektivität und Solidarität ins Zentrum des eigenen Lebens und des politischen Kampfes gestellt haben.

Da setzt die Isolation an, und das ist heute der Dreh, ob mit teilweiser Integration in den brutalisierten allgemeinen Knastalltag oder nicht.

Die Sinne aushungert, die Lebensäuße-

Aktionstag 18. März



Die Rote Hilfe, die Initiative Libertad! und die Informationsstelle Kurdistan rufen zum vierten bundesweiten Aktionstag gegen staatliche Unterdrückung und für die Freiheit aller politischen Gefangenen auf.

Das Motto ist: Gegen das Europa der Repression und Ausgrenzung - Solidarität und Widerstand! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Wie in den vergangenen Jahren, wird es auch in diesem Jahr rund um den 18. März in vielen Städten Informationsveranstaltungen, Kundgebungen, Straßentheater und Transparentaktionen geben, um die Solidarität mit den politischen Gefangenen und mit allen, die von staatlicher Repression betroffen sind, zum Ausdruck zu bringen. Darüber hinaus werden die diesjährigen Aktionen auch einen inhaltlichen Bezug herstellen zu der an Ostern 1999 in Berlin stattfindenden internationalen Arbeitskonferenz „Befriedung oder Befreiung - Perspektiven der Solidarität mit den politischen Gefangenen weltweit“ und zu den Mobilisierungen gegen Weltwirtschafts- und Europagipfel im Juni 1999 in Köln.

„Der 18. März als Tag der Solidarität und des Widerstands hat für uns Tradition und Kontinuität“, so der Sprecher des Bundesvorstands der Roten Hilfe, Roger Hasenbein. Und weiter: „Schon in den 20er Jahren wurde dieser Tag von der Roten Hilfe als Internationaler Tag der Solidarität mit den politischen Gefangenen ausgerufen, bis er dann 1933 durch die Nazis verboten wurde. Der 18. März als Solidaritätstag mit den politischen Gefangenen steht in der Tradition des antifaschistischen und anti-imperialistischen Widerstands. Diese Tradition und die Erinnerung an das Verbot durch die Nazis 1933 werden durch Pläne der heutigen Neonazis angegriffen, wenn diese, wie angekündigt, am 18. März vor dem Knast in Bruchsal eine Kundgebung abhalten wollen. Im Bruchsaler Knast sitzen seit 1848 immer wieder revolutionäre und antifaschistische Kräfte. Es darf den Neonazis nicht gelingen an diesem historischen Tag eine Kundgebung für einen ihrer verurteilten „Führer“ - Günter Deckert - abzuhalten.“

Solidarität ist unteilbar, und sie ist international. Sie gehört allen, die in ihrem Kampf für gerechte Verhältnisse von Repression betroffen sind. Diesen Grundgedanken zu propagieren und breiter im Be-

wußtsein zu verankern ist das Ziel der Aktivitäten zum 18. März. Ein inhaltlicher Schwerpunkt der diesjährigen Aktivitäten ist die Situation der politischen Gefangenen in Europa, die nach wie vor unter Sonderhaftbedingungen festgehalten werden. Die Perspektive kann nur sein, ihre Freiheit zu erkämpfen. In Deutschland denken wir dabei besonders an die noch verbliebenen Gefangenen aus der RAF. Nichts darf vergessen werden; nicht die jahrzehntenlangen Kämpfe um Kollektivität, nicht die Toten aus diesen Kämpfen und nicht die Tortur unter unmenschlichen Haftbedingungen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Solidarität mit den Flüchtlingen innerhalb und außerhalb der Festung Europa. Während Europa an den Außengrenzen mit moderner Technologie und durch polizeiliche Sondereinheiten von sogenannten illegalen Einwanderer abgeschirmt wird, sind alle Menschen, die es auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung dennoch geschafft haben hierher zu kommen, in allen EU-Staaten mit rassistischen Sondergesetzen, Sammellagern und Abschiebehaftanstalten konfrontiert.

Alle drei Veranstalter (Rote Hilfe, Libertad! und Informationsstelle Kurdistan) rufen zur Solidarität mit den verfolgten kurdischen FreiheitskämpferInnen auf. Nach der Festnahme des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und der Ermordung von vier kurdischen DemonstrantInnen in Berlin findet in Deutschland ein regelrechtes Kesseltreiben gegen aktive Kurdinnen und Kurden statt. Die Boulevardblätter titeln „Kurdenkrieg“ und „Kurdenterror“ und Innenminister Schily schwadroniert über den „Mißbrauch des Gastrechts“ und kündigt Abschiebungen in den Folterstaat Türkei an. „Wer jetzt angesichts dieser Entwicklung schweigt, stimmt zu“, erklärte H.P. Kartenberg, Sprecher der Initiative Libertad!. Im Namen des bundesweiten Koordinierungstreffens forderte er alle linken und antifaschistischen Kräfte dazu auf, ihre Solidarität mit den verfolgten Kurdinnen und Kurden am 18. März genauso auszudrücken, wie durch die Teilnahme an den zwei Tage später stattfindenden Newroz-Demonstrationen der kurdischen Kulturvereine.

Göttingen, 15.3.99

**Kontakt: Rote Hilfe e.V. + Bundesvorstand
+ Postfach 3255 + 37022 Göttingen**



„Soll man beschreiben, wie man verhungert?“

rungen abwürgen - 16 Jahre, 20 Jahre. Was heißt es anderes: Wenn Christian nach 13 Jahren Haft ein Mathematikstudium verboten wurde, wenn der Besuch von Journalisten verboten wird, wenn Besuche durch Zeitbegrenzung und Überwachung so eingeschränkt sind, daß die alten gewachsenen Beziehungen nicht mehr weiterentwickelt werden können, geschweige denn den Raum geben für neues Kennenlernen, wenn willkürliche Zensur einem unvermittelt einen Teil der wenigen Informationsquellen entziehen kann, überhaupt, wenn es fast nur noch geschriebene Worte für einen gibt.

Was soll ich beschreiben? Wie es für mich schon nach sechs, sieben, acht Jahren war: Das Über-die-Grenzen-Erfüllt-Sein vom Bedürfnis nach sinnlicher Erfahrung, nach sozialem Leben und Handeln. Die die Kräfte aussaugende, Tausende Male wiederkehrende leere Routine der Knastmaschinerie, die den Tagesablauf bis ins lächerlichste Detail bestimmt, die nur Disziplinierung kennt und unkalkulierbare Übergriffe, jede Sekunde, 24 Stunden, und das nach sechzehn Jahren, zwanzig Jahren.

Die Kraftanstrengung, deine Sinne, deine Vorstellungskraft, deine Handlungsfähigkeit, dein Leben dagegen zu erhalten in einem Raum, der keiner ist.

Natürlich frißt es die Kraft weg, der Körper rebelliert, verweigert sich, baut ab. Und das ist alles konkret: Muskelschwund, Dauerspannung, die die Wirbelsäule sprengt, entgleister Stoffwechsel, das vegetative System blockiert, überschlägt sich, und was Rolf-Clemens vor eineinhalb Jahren geschrieben hat: physische Kraftlosigkeit, Dauerschmerzen, Immunschwäche.

Die Haftunterbrechung bei Heidi war da, wo es für den Apparat nicht mehr kalkulierbar war. Keine Einsicht, keine Änderung der Linie, nur Kalkül und die Einschätzung, die körperliche Zerstörung bis zum Punkt gebracht zu haben.

Rolf-Clemens schrieb im Sommer 1997 dazu: „Es ist heute genauso wahr wie vor eineinhalb Jahren, aber die Zeitdimension ist heute schon wieder eine andere, die Haut vielfaches dünner. Wir Gefangene sind - nur graduell unterschiedlich - alle gesundheitlich stark geschädigt. Das ist eine Tatsache, die nicht mehr ignoriert werden kann.“

Die ärztlich festgestellten organischen Schäden sind degenerativer Natur. Sie sind deutlich von üblichen Knastschäden unterscheidbare Ergebnisse von Langzeitisolation und nicht durchgeführter medizinischer Behandlung in den 90er Jahren. Die Symptome sind hauptsächlich physische Kraftlosigkeit, Dauerschmerzen, Immunschwäche und eine daraus resultierende geschwächte Arbeitskraft. Die Substanz, von der wir die ganze Zeit gelebt haben, ist aufgebraucht. So ist die Situation. Das muß so-

zusagen in Rechnung gestellt werden.

Wenn sich jetzt Leute überlegen, was angesichts der Lage zu tun ist, finde ich es aber wichtig, daß sie sich nicht ausschließlich auf unseren schlechten Zustand konzentrieren. Die Politik darf nicht herausfallen, sonst saufen die wirklichen Zusammenhänge im Krankheitsjammer ab. Das erste, das man in der heutigen Situation festhalten muß, ist, daß sich an den akuten Fällen, wie bei Heidi und Helmut, zeigt, daß medizinisch unter Knastverhältnissen gar nichts mehr zu machen ist.

Der Justizapparat ist ohne Probleme in der Lage, ärztlich angeordnete Untersuchungen über Jahre hinweg zu verzögern, Ergebnisse umzudeuten und notwendige Behandlungen zu hintertreiben. Inzwischen ist es in manchen Fällen soweit, daß auch im Knast eventuell mögliche Behandlungen nicht mehr anschlagen.



Bild: Marcus Höhn

Das heißt aber nur, daß wir rausmüssen, bevor die systematische Zerrüttung zu irreversiblen Erfolgen kommt.

Das zweite sind die ursächlichen politischen Zusammenhänge, die es festzuhalten gibt. Und da in erster Linie die sondergesetzliche Staatspolitik gegen uns, die von Anfang an und erklärtermaßen das Ziel hatte, uns als politische Menschen auszuschalten, und wenn nicht anders möglich, eben auch über die physische Zerstörung. Und weiter ist der zugespitzte Zustand bei uns übriggebliebenen Gefangenen jetzt konkret ein Ergebnis des Kurses von 1992, in dem wir noch einmal so richtig zubetoniert worden sind.

Vernichtungshaft, der Begriff war immer präzise.

Diese Politik gegen uns muß aufgehoben werden. Da gibt es heute nur noch die Freilassung. Darum geht es, das ist unser Lösungsansatz, weil, wie sich zeigt, auch medizinisch anders nichts mehr real wird. Und das darf nicht mit der Krankenmisere zugeschüttet werden.“

Die Haftunterbrechung bei Heidi zu ei-

nem Zeitpunkt, wo fast der gesamte Organismus aus den Fugen ist, macht eine Begründung des Begriffs Vernichtungshaft überflüssig. Genau darauf wird hingearbeitet in den Knästen von Anfang an bis jetzt: der körperliche Zusammenbruch, so daß - wenn überhaupt - draußen auf lange Zeit keine wirkliche Rekonstruktion möglich ist bzw. alles davon in Anspruch genommen ist.

In diesem Kurs hat es bis heute keinen Einbruch gegeben, Rache an den Gefangenen, stellvertretend für den Aufbruch, für die, die es ernst gemeint haben. Mit dem Kampf um Befreiung, in einem Staat, der meinte, davon ausgehen zu können, nach zwei Jahrhunderten abgewürgter revolutionärer Impulse, dann Hitlerfaschismus und nach dem Krieg Konsumentenkultur, hier alles Emanzipatorische erstickt zu haben.

Ich glaube, wir müssen über die Dauer

und Auswirkung der Vernichtungshaft nicht noch mehr sagen. Wer heute jung ist, die oder der weiß, was 16 oder 20 Jahre eingemauert sein für sie/ihn bedeutet: fast das ganze Leben.

Christian schrieb dazu 1995:

„Der Bezug des Gefängnisystems auf die Gesellschaft ist ganz direkt. Gleichzeitig wirkt dieser Bezug im allgemeinen indirekt, unterschwellig, verdrängt. Das ist die simple Technik der Mauer und der langen Zeiten, die einen Bereich aus der Wahrnehmung rausnimmt. Die Mauern verbergen die Gefangenen vor der Wahrnehmung draußen, und sie verbergen auch die Vollzugsfürsten, die schwarzen Magier der Umerziehung und Paranoiker der Sicherheit und ihr Handeln. Deshalb gibt es die Aufgabe, das Verdrängte an die Oberfläche und ins Bewußtsein zu holen. Was nur politisch geht. Die ganzen Hilfsbrücken wie pseudosensibles Nachempfinden der Details der Haftbedingungen, oder das Nachsinnen, ‚es könnte irgendwann auch einen selber treffen‘, oder Betreuermentalität sind für nichts gut. Es geht nur politisch.“

Internationale Arbeitskonferenz „Befriedung oder Befreiung?“

Perspektiven internationaler Solidarität“

für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit
1.- 5.4.1999 in Berlin

Wie ist die Lage politischer Gefangener? In jenem oder diesem Land, unter einem militärischen oder einem demokratischen Regime? Als gefolterte Gewerkschafter/in, „verschundene“ Aktivist/in einer Basisgruppe oder gefangene/r Angehörige/r einer bewaffnet kämpfenden Widerstandsgruppe? Welche Kämpfe führen sie und wie können sie unterstützt werden: Welche Forderungen stellen sich, wie kann zusammenarbeitet werden? Was sind die Erfahrungen der Solidarität und welche Perspektiven lassen sich entwickeln?

Über das Schicksal Verfolgter, „Verschwundener“ und politischer Gefangener zu sprechen, verlangt auch, über die Gründe ihres Kampfes, über die Ursachen gesellschaftlicher Unterdrückung, die Möglichkeit der Gegenwehr und der Befreiung zu diskutieren.

Dabei ist die unterschiedliche Situation von Gefangenen zu berücksichtigen. Die gegebenen Machtverhältnisse drücken sich heute zunehmend - wie beispielsweise in Palästina, Nordirland, Baskenland... - in Dialogangeboten, Verhandlungen und Friedensverträgen aus. In der Türkei und Kurdistan, Kolumbien und Mexiko dagegen im offenen und verdeckten Krieg.

Spezifisch ist die Lage politischen Gefangener in „demokratischen Überhängen“ der ehemaligen Militärdiktaturen Südamerikas (Chile, Argentinien), in Südkorea und den Philippinen. Gleiches gilt für die Industriemetropolen USA, Italien und der BRD nach dem vorläufigen Ende bewaffneter Fundamentalopposition.

Der Kampf um gesellschaftliche Emanzipation wird oftmals abgekoppelt von einer Auseinandersetzung mit der auch widersprüchlichen Politik und Geschichte der Linken. Zu ihr gehören vielfältigste Protest- und Widerstandsaktionen, bewaffnete Rebellionen und Kämpfe. Im „Süden“ wie in den westlichen Metropolen. Dies anzuerkennen, verlangt nicht die Zustimmung zu allen Aktionen und Taten, aber es verlangt, historische Aufbrüche als das zu respektieren, was sie waren und sind: Befreiungsversuche der Vernunft aus der Brutalität und Unvernunft kapitalistischer Weltver-